

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in Hessen wird zu wenig in Bildung investiert. Nicht erst die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass Personal fehlt, Räume zu klein und Schulklassen zu groß sind. Die Digitalisierung ist noch längst nicht überall angekommen.

Corona hin oder her, wir wollen, dass die Chancen des Lernens mit Videos und der Austausch auf Lernplattformen ergänzend zum Präsenzunterricht weiter genutzt werden. Dazu brauchen aber auch alle ein Gerät und einen Internetanschluss. Natürlich reicht die Digitalisierung alleine aber nicht aus. Wie gut man in der Schule ist, darf nicht davon abhängen, wie viel Geld die Eltern verdienen. Deshalb wollen wir, dass alle die Möglichkeit bekommen, wieder in die Schule zu gehen. Selbst wenn Schulen und Kitas mal geschlossen sein sollten, müssen berufstätige Eltern eine Garantie auf Notbetreuung haben.

Der Kultusminister hat sich die vergangenen Monate nicht mit Ruhm bekleckert. Wiederholt wurden Lehrkräfte und Schulleitungen erst kurz vor Toresschluss oder vor dem Wochenende über neue Vorgaben informiert. Das Miteinander von Kultusministerium und Schulen wurde nachhaltig beschädigt. Wir fordern eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen, die am Ende alles umsetzen müssen. Familien und Schulen benötigen Planbarkeit, Sicherheit und Verlässlichkeit.

Wir müssen mehr Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte ausbilden. Das Land muss den Kommunen helfen, Schulen und Kitas auszubauen und zu modernisieren. Um gute Bildung für alle zu sichern, braucht es Investitionen, die zukunftsfähig sind. Hier bleibt noch viel zu tun!

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Alles Gute im neuen Schuljahr.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen

Arbeitskreisvorsitzender

Main-Kinzig-Kreis

Karin Hartmann
*Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße*



Kerstin Geis
*stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau*



Turgut Yüksel
*Integrationspolitischer
Sprecher;
Frankfurt*



Manuela Strube
*Vorsitzende des
Petitionsausschusses
Landkreis Kassel;*



KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

AKTUELLE SITUATION

2

Kommunikation mit den Schulen
Schulgesetzänderung

Schulöffnungen

KULTURPOLITISCHER AUSSCHUSS

3

Schule und Corona

4

DIGITALISIERUNG

5

Digitalisierung der Schulen
Digitale Bildung

Jugendmedienschutz

Informatikunterricht

LEHRERMANGEL

6

STELLENBESETZUNG/ PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

7

Aktuelle Situation

LAST-MINUTE-POLITIK BEENDEN - KOMMUNIKATION VERBESSERN

Die Kommunikation des HKM mit Schulen und Eltern verlief seit den Schulschließungen Mitte März relativ chaotisch: Notbetreuung, Hygienemaßnahmen und Schulöffnung wurden „Last-Minute“ und über die Presse verkündet, Lehrkräfte und Schüler- und Elternvertretungen kaum eingebunden. Das mag zu Anfang der Krise noch entschuldigbar gewesen sein. Spätestens seit den Osterferien aber wäre eine stärkere Einbindung der Betroffenen richtig und notwendig gewesen.

Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, äußert sich dazu so: „Die Landesregierung muss konkret und zeitnah Informationen liefern, Konzepte und auch langfristige Planungen vorlegen. Immer nur abzuwarten, wann auf Bundesebene der nächste Schritt vereinbart wird, reicht nicht. Schulen brauchen Klarheit, wie Plan A oder B aussieht.“

Unsere Pressemitteilung zur [Kommunikation mit Schulen](#)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit Hilfe von Experten Empfehlungen für die Gestaltung des nächsten Schuljahres 2020/2021 veröffentlicht. Darin wird unter anderem empfohlen, dass alle Schüler*innen mit technischen Geräten ausgestattet werden sollten, sofern sie keine eigenen besitzen. Außerdem sollen die Lernzeiten auf den individuellen Lernstand der Schüler*innen angepasst werden.

Alle Empfehlungen finden sie [hier](#)

Durch die Krise mussten viele Klassenfahrten abgesagt werden. Das hat u.a. Folgen für Busbetreiber und Jugendherbergen. Mit zwei Anträgen setzen wir uns dafür ein, dass das Kultusministerium hier seinen Verpflichtungen nachkommt.

Unser Anträge zu [Jugendherbergen](#) und [Busunternehmen](#)

SCHULGESETZÄNDERUNGEN IM RAHMEN DER CORONA-PANDEMIE

Am 26. Mai wurde im Landtag der Gesetzentwurf für ein „Gesetz zur Anpassung des Hessischen Schulgesetzes und weiterer Vorschriften an die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus“ von den Regierungsfractionen eingebracht, der am 16. Juni 2020 mit zahlreichen Änderungen beschlossen wurde. Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, kritisierte in der Debatte, dass der Gesetzentwurf sehr kurzfristig und ohne Beratung mit den Betroffenen eingebracht wurde: „Das war verfahrenstechnisch so nicht akzeptabel.“ Es wurden 230 Änderungen in drei Sitzungen beraten.

Wir haben eine schriftliche Anhörung des Gesetzentwurfs durchgesetzt, die so nicht von der Koalition geplant war. Dass dies richtig war, zeigt sich daran, dass anhand der Anregungen der Anzuhörenden zahlreiche Änderungen am Gesetzentwurf vorgenommen wurden.

Es fehlt allerdings immer noch ein Konzept, wie verpasster Unterrichtsstoff aufgeholt werden kann. „Die Schulen hatten in den vergangenen Wochen mit vielfältigen Problemen zu kämpfen und haben sich so gut es ging auf die Herausforderungen eingestellt. [...] Die Umstellung auf digitales Lernen und Lehren hat – soweit die technische Ausstattung dafür überhaupt vorhanden ist – aufgezeigt, wie groß die Unzugänglichkeiten in diesem Bereich sind.“ Wir fordern mehr Planungssicherheit und ein konkretes Konzept für die weiteren Schulöffnungen.

Unsere Pressemitteilung zur [Schulgesetzänderung](#)

Videos zu den Lesungen des Gesetzes ([1. Rede](#) (26:42); [2. Rede](#) (18:40); [3. Rede](#) (21:03))

Unsere Pressemitteilung zu [Planungssicherheit der Schulen](#)

SCHULÖFFNUNG FÜR ALLE - MIT PLAN UND VERSTAND

In unserem Antrag „Chancengleicher Start ins neue Schuljahr mit klarer Perspektive und höchstmöglicher Verbindlichkeit für Schulen und Familien“ fordern wir die Landesregierung auf, frühzeitig und vorausschauend zu planen, die Beteiligten in die Planungen einzubeziehen und Präsenzlernen und Fernunterricht nach den Ferien besser aufeinander abzustimmen und verbindlicher zu gestalten. Für den Fall, dass das Infektionsgeschehen keinen 5-Tage-Betrieb möglich macht, schlagen wir ein A- und B-Modell vor. Uns ist wichtig, dass Schülerinnen und Schülern durch die Corona-Pandemie kein Nachteil erwächst. Dafür müssen die individuelle Förderung ausgebaut und die individuellen Lernstände stärker berücksichtigt werden. Die Landesregierung muss sich einen Überblick über den Sanierungsbedarf an hessischen Schulen verschaffen. Außerdem müssen die Qualifizierungsprogramme schnellstmöglich ausgebaut werden, um dem durch die Krise verstärkten Lehrermangel entgegenzuwirken.

Unser Antrag [Chancengleicher Start ins neue Schuljahr](#)

Unsere Pressemitteilung zum [Schulstart nach den Ferien](#)

Am 10. Juni hat Kultusminister Lorz verkündet, dass die Grundschulen in den letzten zwei Wochen vor den Ferien wieder öffnen sollen und das ohne Abstandsregelungen. Lehrer*innenverbände und Elternverbände kritisieren, dass die Grundschüler keine Versuchskaninchen sein dürfen.

„Vom Minister überrumpelt“
(Offenbach-Post, 17.06.2020)

„Schlechte Noten für Kultusminister“
(Odenwälder Echo, 17.06.2020)

Wie stehen Sie dazu? Sie können uns [hier](#) eine Rückmeldung geben.

Die Kultusministerkonferenz hat am 18. Juni beschlossen:

1. Die Schüler*innen sollen spätestens nach den Sommerferien wieder in einem regulären Schulbetrieb unterrichtet werden.
2. Die Länder sollen geeignete Maßnahmen ergreifen, um Lernrückstände zu überwinden.
3. Die Länder sollen die Digitalisierung des Lernens und Lehrens weiter vorantreiben.
4. Die Länder sollen sicherstellen, dass alle Schüler*innen ihre angestrebten Abschlüsse 2020/2021 erreichen können.

Die gesamten Beschlüsse finden Sie [hier](#)

Kulturpolitischer Ausschuss

SCHULE UND CORONA - UNSERE FRAGEN AN DEN KULTUSMINISTER ...

In den Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. Mai und am 12. Juni wurden unsere dringlichen Berichtsanträge „Lage der Schulen sowie getroffene und erforderliche Maßnahmen im Kontext der Covid-19 Krisenbewältigung“ und „Bildungsqualität in Zeiten von Corona“ beraten. Wir haben Kultusminister Lorz insgesamt 101 Fragen zu den Maßnahmen und Auswirkungen gestellt. Ergebnis: Aus Sicht des Landes läuft vieles super. Das sehen wir anders.

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Mai finden Sie [hier](#). Das Protokoll der Sitzung vom 12. Juni können wir Ihnen auf Anfrage zuschicken, sobald es veröffentlicht ist.

Unser dringlicher Berichtsantrag zur [Lage der Schulen](#)

Unser dringlicher Berichtsantrag zur [Bildungsqualität](#)

AUSZUG AUS DEN ANTWORTEN AUF UNSERE DRINGLICHEN BERICHTSANTRÄGE

Kann es sinnvoll sein, auf das Tragen von Alltagsmasken in den Pausen zu bestehen oder auch den Gesundheitsschutz in Klassenräumen durch Plexiglasscheiben an den Tischen zu erhöhen?

Das Tragen von Masken in der Pause kann hingegen sinnvoll sein. Dort fällt es gerade den jüngeren Schülerinnen und Schülern schwer, die Abstandsregeln einzuhalten. Ob das Aufstellen von Plexiglasscheiben an den Tischen sinnvoll ist, hängt vom Einzelfall ab. Zu bedenken ist zum Beispiel auch ein damit verbundenes Unfallrisiko. [...]Eine generelle Empfehlung, Plexiglasscheiben anzubringen, besteht jedoch nicht.

Wie viele Schülerinnen und Schüler sind dem Unterricht ferngeblieben, weil sie selbst zu einer „Risikogruppe“ zählen oder sie mit Personen in einem Haushalt leben, die zu einer „Risikogruppe“ zählen?

Schülerinnen und Schüler, die einer Risikogruppe angehören, können vom Unterricht befreit werden. [...] Daher weiß jede Schule, welche Schülerinnen und Schüler für welche Zeiträume nicht am Unterricht teilgenommen haben oder, auf Basis einer in die Zukunft reichenden Befreiung, nicht teilnehmen werden und berücksichtigt dies, soweit erforderlich, bei schulischen Planungen. [...]

Wie werden diese Schülerinnen und Schüler unterstützt, insbesondere um sich auf anstehende Prüfungen vorzubereiten?

Wenn nach Abwägung aller Risikofaktoren Eltern sowie betroffene Schülerinnen und Schüler den Schulbesuch als zu riskant einschätzen, sollen individuelle Lösungen für eine Beschulung und die Prüfungsvorbereitungen gefunden werden.

Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung an einigen Schulen nicht ausreichende, vorhandene Hygienemängel kurzfristig zu beseitigen?

[...] Diese vom Land Hessen zusätzlich zu den Hygienemitteln der Schulträger zur Verfügung gestellte Versorgung versetzt die Schulen in die Lage, je nach den örtlichen Gegebenheiten, die Hygiene-schutzbestimmungen bestmöglich einzuhalten.[...]

Gilt der Sicherheitsabstand von 1,5 Metern auch in Schulbussen und wie wird er gewährleistet?

[...]Durch die Einführung der Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung im ÖPNV hat der Ordnungsgeber schon bei der letzten Änderung der Dritten Verordnung zur Bekämpfung des Corona-Virus erkannt, dass im ÖPNV ein Abstand von anderthalb Metern praktisch nicht immer einzuhalten ist, und hat weitere Vorkehrungen zum Schutz der ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer erlassen.

Wie viele Lehrkräfte gehören schätzungsweise einer „Risikogruppe“ an? (bitte nach Gruppe getrennt angeben) Wie viele Lehrkräfte sind dem Unterricht ferngeblieben, weil sie selbst zu einer „Risikogruppe“ zählen oder sie mit Personen in einem Haushalt leben, die zu einer „Risikogruppe“ zählen?

Die Fragen 26 und 27 beantworte ich wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam.

[...]Auf der einen Seite gibt es 14,9 % Unterrichtsstunden von Lehrkräften, die zu Risikogruppen gehören; und auf der anderen gibt es noch einmal 4,2 % Unterrichtsstunden von Lehrkräften, die mit Angehörigen einer Risikogruppe in einem Hausstand leben. Wenn man dies zusammenzählt, landet man bei 19,1 %.

Wer ist für die Einhaltung der verbindlichen Vorgaben des SARS-CoV-2- Arbeitsschutzstandard vom 16.04.2020 für die verschiedenen Beschäftigungsgruppen an Schulen zuständig?

Für die Einhaltung der Regelungen des Arbeitsschutzes der beim Land Beschäftigten ist die Schulleiterin oder der Schulleiter verantwortlich. [...]

Mit welchen Geräten sollen Lehrkräfte von ihrem eigenen Zuhause Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern aufnehmen und pflegen?

Lehrkräfte können wie bisher ihre privaten Geräte einsetzen.

Aus welchem Budget können Schulen Tools zur lerngruppenbezogenen Kommunikation, zur digitalen Zusammenarbeit sowie zur Erstellung von Lernvideos finanzieren?

Bei solchen Tools handelt es sich um technische Infrastruktur, die in Zuständigkeit der Schulträger liegt, die für derartige Ausstattungsmaßnahmen Mittel des Digitalpakts einsetzen können. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Ausstattung über die Medienzentren auszuleihen.

Welche Angebote sind in den Sommer- und Herbstferien geplant, um benachteiligte Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis zu unterstützen?

Derzeit werden im Kultusministerium mehrere digital unterstützte Lernformate für die kommenden Ferien geprüft. Darunter sind auch solche Angebote wie z.B. der Deutschsommer, der bisher in analoger Camp-Form angeboten wurde. Die analogen Formate werden nun angepasst. Weitere digitale Angebote in den Sommer- und Herbstferien auf freiwilliger Basis werden derzeit geprüft.

Könnte das aktuelle Schuljahr und das folgende für Nicht-Abschlussklassen analog zur flexiblen Eingangsstufe zu einer Einheit zusammenfasst werden?

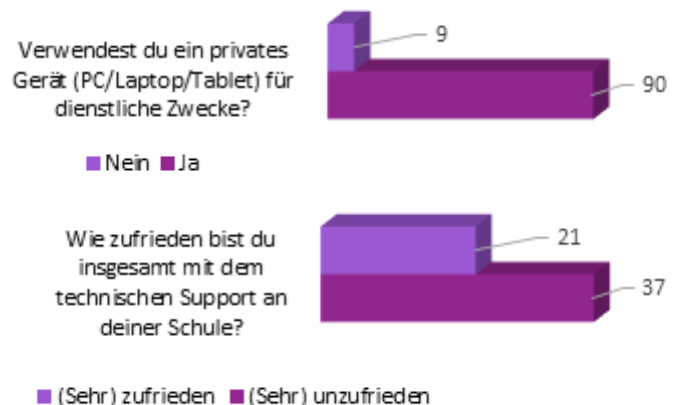
Derartiges ist derzeit nicht geplant.

Digitalisierung

GEW-MITGLIEDERBEFRAGUNG BESTÄTIGT ENORMEN NACHHOLBEDARF

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft hat vom 6. Februar bis zum 3. März 2020 eine Mitgliederbefragung „Digitalpakt Schule und Digitalisierung an Schulen“ durchgeführt. Sie verdeutlicht, dass in diesem Bereich noch viel Nachholbedarf bezogen auf die Ausstattung und den Support an den Schulen und die Fortbildung der Lehrkräfte besteht. Die Befragung zeige, dass es zwar eine große Bereitschaft gibt an Fortbildungen im Bereich der Digitalisierung teilzunehmen, es aber an Angeboten und Unterstützung mangelt. Die Befragten wünschen sich außerdem, besser über den Digitalpakt informiert zu werden.

Die gesamte Mitgliederbefragung finden Sie [hier](#)



DIGITALE BILDUNG-TABLETS FÜR ALLE

Die hessischen Schulen könnten längst weiter sein, wenn die Landesregierung die Probleme im Bereich der Digitalisierung, des Sanierungsbedarfs und des Lehrermangels schon früher angegangen wäre. Durch die Corona-Pandemie wird die Chancengleichheit im Bildungssystem massiv gefährdet. Kerstin Geis, stellvertretende bildungspolitische Sprecherin äußerte sich dazu so: „Corona zeigt deutlich, dass der Bildungserfolg in Hessen vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Vor allem fehlt es in vielen Haushalten an einem geeigneten Internetzugang und ausreichend Endgeräten.“ Wir haben mit einem Antrag gefordert, dass digitale Endgeräte für Schüler und Lehrer

bereitgestellt werden müssen. Dass hessische Lehrkräfte ihre Privatgeräte nutzen müssen, um so von zu Hause zu unterrichten, kann keine Dauerlösung sein. Wir fordern, dass die Landesregierung allen Lehrkräften im Laufe des nächsten Schuljahrs Dienstgeräte zur Verfügung stellt.

Unsere Pressemitteilungen zur [Digitalisierung](#)

Unser Entschließungsantrag [Tablets für alle](#)

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM MAI PLENUM

Frage des Abgeordneten Kaffenberger:

Wie viele Anträge auf Mittel aus dem Digitalpakt wurden in Hessen bisher bewilligt?

Antwort der Landesregierung:

Aktuell wurden 13 Maßnahmen von drei privaten und zwei öffentlichen Schulträgern im Umfang von insgesamt rund 11,7 Millionen Euro bewilligt. Eine weitere Förderzusage ist an die Stadt Offenbach am Main in Höhe von 500.000 Euro ausgesprochen.



Der Digitalpakt Schule ist bewusst mit einer mehrjährigen Laufzeit konzipiert, wobei den Schulträgern bereits durch das „Hessische Digitalpakt-Schule-Gesetz“ vom 25. September

2019 konkrete Kontingente zugewiesen wurden, welche diese bis zum Ende der Programmlaufzeit mit Projekten belegen können. Dies ermöglicht, die Ausstattungsmaßnahmen nach pädagogischen Anforderungen zunächst sorgfältig zu planen und zu prüfen, damit die Technik der Pädagogik folgen kann. Dies erfordert, dass der Antragstellung der Schulträger ein Abstimmungsprozess mit Schulen und Schulaufsicht vorausgeht, in welchem die geplanten Investitionen in die schulische IT-Infrastruktur mit den pädagogischen Konzepten der Schulen und mit der Fortbildungsplanung der Lehrkräfte in Einklang gebracht werden. [...]

Weitere mündliche Fragen finden Sie im [Plenarprotokoll](#)

JUGENDMEDIENSCHUTZ BLEIBT AUF DER STRECKE

Schülerinnen und Schüler haben heutzutage ungehindert Zugang zu jugendgefährdenden Inhalten. Mit den Facetten rund um diese Fragestellung hat sich die Große Anfrage zu Jugendmedienschutz an hessischen Schulen und digitaler Nachholbedarf auseinandergesetzt.

Die Ergebnisse sind ernüchternd:

1. Im Jahr 2020 gibt es zum Thema Digitalisierung nicht viel Neues.
2. Bis Ende 2022 werden nur 69,7 % der hessischen Schulen mit Glasfaser ausgestattet sein werden.
3. Das Angebot für Lehrkräfte im medienpädagogischen Bereich muss deutlich ausgeweitet werden.

Der Kultusminister vertritt die Auffassung, dass die digitale Ausstattung der Schulen komplett in der Zuständigkeit der Schulträger liegt. Dies gilt es in Zeiten von Corona endlich zu überdenken. Das Land muss die Träger mehr unterstützen!

Das Land hat einen Landeskoordinator Jugendmedienschutz eingesetzt, der mit einer halben Stelle in das HKM abgeordnet ist:



Soviel zum Stellenwert des Jugendmedienschutzes unter Schwarzgrün. Auf die vom Bund mit dem Digitalpakt geforderte digitale Revolution warten wir in Hessen bis heute.

Unsere Große Anfrage [Jugendmedienschutz](#)

Frage des Abgeordneten Degen

Wann wird sie das seit Sommer 2017 erarbeitete Kerncurriculum für das Fach Informatik in allen Schulformen der Sekundarstufe I vorlegen?

Antwort der Landesregierung:

Der Entwurf des Kerncurriculums – zunächst für den gymnasialen Bildungsgang – wurde am 4. März 2020 für die externe didaktische Prüfung durch das Hessische Kultusministerium freigegeben. Aktuell wird



der Entwurf am Institut für Didaktik der Mathematik und Informatik der Universität Münster geprüft. Nach der externen didaktischen Prüfung des Kerncurriculums im gymnasialen Bildungsgang sollen die dort formulierten Kompetenzen und Inhalte bei der Entwicklung der Kerncurricula für die Haupt- und Realschule berücksichtigt sowie entsprechend angepasst werden.

Lehrermangel

KULTUSMINISTER ERKENNT ZUM ERSTEN MAL LEHRERMANGEL AN

Schon seit langem fordern wir zielgerichtete Maßnahmen, um Lehrermangel zu reduzieren. Am 24. April hat der Kultusminister in einer Pressekonferenz erstmals zugegeben, dass es in Hessen einen massiven Mangel gibt, der definitiv nicht durch die Corona-Pandemie hervorgerufen wurde. „Dass Lehrerinnen und Lehrer in großer Zahl fehlen, wurde viel zu lang verschleiert, indem pädagogische Laien mit immer wieder befristeten Verträgen beschäftigt wurden“, so Christoph Degen. Der Kultusminister plant jetzt offensichtlich, konkrete Maßnahmen, die wir in zahlreichen Anträgen

gefordert haben, umzusetzen. Dazu zählen unter anderem ein leichter Zugang zu Quereinsteigerprogrammen und attraktivere Rahmenbedingungen. Zudem setzte er unsere Forderung um, dass die Kinder von Lehrerinnen und Lehrern mit in die Notbetreuung aufgenommen wurden.

Unsere Pressemitteilung zum Thema [Lehrermangel](#)

Stellenbesetzungsverfahren

Frage des Abgeordneten Degen:

Aus welchem Grund wurde das im Mai 2017 initiierte Bewerbungsverfahren für eine neue Leitung des Staatlichen Schulamts für den Main-Kinzig-Kreis nun abgebrochen?



Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Degen, das Verfahren zur Besetzung dieser Stelle wurde wegen der **langen Verfahrensdauer** abgebrochen.

Parlamentarische Initiativen

NOCH IMMER KEINE VERPFLICHTENDEN GEDENKSTÄTTENBESUCHE

Die SPD-Fraktion spricht sich in einem Antrag für verpflichtende Besuche für Schulklassen von KZ-Gedenkstätten aus. „Besuche von Gedenkstätten sind ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung und zum Erhalt und der Fortentwicklung einer verantwortungsvollen Erinnerungskultur in Deutschland“, so Turgut Yüksel. Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen gibt. Daher erscheint es uns umso wichtiger, dass Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn eine NS-Gedenkstätte besuchen. Die Landesregierung ist bisher dagegen.

Unser Antrag zu verpflichtenden [Gedenkstättenbesuchen](#)

Unsere Pressemitteilung zu verpflichtenden [Gedenkstättenbesuchen](#)

VORKLASSEN UND VORLAUFKURSE

Kinder, die „bei Beginn der Schulpflicht körperlich, geistig oder seelisch noch nicht so weit entwickelt sind, um am Unterricht mit Erfolg teilnehmen zu können“, können in Vorklassen eingeschult werden. Wir haben dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Es wird deutlich, dass die Vorklassengröße in vielen Fällen nur knapp über der Mindestklassengröße liegt. Nur fünf der 315 Vorklassen umfassen die Maximalgröße. Hierdurch und durch die gute Arbeit der Lehrkräfte wird sichergestellt, dass die Kinder eine möglichst individuelle Förderung erhalten.

Schon vor vier Jahren lobte der Kultusminister die Vorkurse und ihre 95% Teilnahmequote in einer Pressemitteilung. Jetzt, vier Jahre später, folgt ein Gesetzentwurf, um diese verpflichtend zu machen. „Wie wir jedoch die notwendigen 200 Stellen dafür besetzen wollen, bleibt ein großes Geheimnis [...]“, so Manuela Strube.

Unsere Kleine Anfrage zu [Vorklassen](#)

Das Video zur Rede zu den [Vorlaufkursen](#) (12:06)

Hinweise und Termine

GANZTAGSSCHULE

Wir möchten Sie auf das neue Buch „Ganztagsschule oder Halbtagschule? Zeitkonzepte (in Hessen) vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert“ von Guido Seelmann-Eggebert hinweisen. „Anhand von zahlreichen Beispielen und Originalstundenplänen verfolgt der Band die wechselvolle Geschichte unterschiedlicher schulischer Zeitkonzepte in Hessen und der Debatte darum“.

**Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).**

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Johanna Welk
Martina Häusl-David
Isabel Neumann
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion